Ausgabe 6 • April 2013 • www.thecaravan.org • www.thevoiceforum.org

THE VOICE OF REFUGEES AND MIGRANTS

Zeitung der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Break Isolation Konferenz und Solidaritätsaktionen 2013

Liebe AktivistInnen und MitkämpferInnen,

wir, The VOICE Refugee Forum, wollen euch über unsere Pläne informieren und euch zu den Initiativen für die Vorbereitung der „Break Isolation Conference and Solidarity Act!“ einladen, die im April 2013 in sieben Regionen in Deutschland stattfinden wird.

Die tagtägliche Situation hunderttausender Menschen, denen als Flüchtlinge oder MigrantInnen durch die diskriminierende und isolierende Politik der rassistischen Behörden hier in Deutschland das grundlegende Recht, mit anderen zusammenzuleben, entzogen wurde, ist von prekärer Unsicherheit geprägt.

Wie vorausgesagt bleiben die Fallen des Frontex-Grenzregimes und der Krieg gegen Flüchtlinge und Migrantinnen innerhalb und außerhalb der europäischen Territorien in der Kontinuität der kollektiven Bestrafung, mit der die rassistische Ideologie der Überlegenheit durch koloniale Kontrolle propagiert werden soll, die sich auch in der Ungerechtigkeit der Unterbringung in Isolationslagern wiederfindet, die uns in unserer Ausgeschlossenheit als Flüchtlinge, Asylsuchende oder MigrantInnen und als nicht gewollte Menschen kategorisiert.

Unser Kampf gegen unsere Kriminalisierung als Flüchtlinge fängt an mit dem Datum der erzwungenen Abnahme von Fingerabdrücken, wenn wir als Asylbewerber in die Lager kommen. Millionen von Flüchtlinge werden auf kriminelle Art auf der ganzen Welt und in Europa als Geisel gehalten ¨C ohne Bewegungsfreiheit und ohne die Möglichkeit, der Isolation der Flüchtlingslager Europas zu entkommen. Deshalb kämpfen wir, um unsere Privatheit zurückzuerobern sowie die Würde, frei hier zu leben, anstatt mit dem Trauma von Jahren und Jahrzehnten in Ausgrenzung.

Es ist unverzeihlich, schweigend die Tode zu ignorieren, die durch die blutig geführte Politik des Europäischen Grenzregimes verursacht wurden, wo tausende von Flüchtlingen und MigrantInnen der Gleichgültigkeit anheimfallen und auf dem Meer festsitzen, während diejenigen, die alle Risiken überleben konnten, ihres grundlegenden Rechts auf Leben nicht sicher sein können, ohne in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt zu sein, ohne auf Isolationslager und auf Arbeitslosigkeit beschränkt zu werden und ohne gezwungen zu sein, das unaufhörliche Trauma der Abschiebung in unaufhörlicher Isolation und Ausgrenzung in Deutschland zu leben.

Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes stellt fest: “(1) Die menschliche Würde ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt”, sowie: “(2) Das deutsche Volk bekennt sich daher zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.” In deutlichem Widerspruch zu diesen Bestimmungen trampeln die rassistischen Kontrollapparate in Deutschland tagtäglich auf der Würde von Flüchtlingen herum.

Ist Deutschland zwanzig Jahre nach der größten Katastrophe der Abschaffung des Asylrechts 1993, die zu einem System des Law and Order geführt hat, in dem unsere Abschiebung ausgeführt wird, bevor sie unsere Namen kennen, für die Flüchtlinge ein weiteres Feindesland? Nein! Wir akzeptieren das nicht! Nicht in unserer Zeit!

Der Kampf von Jahrzehnten in Verbindung mit dem jüngsten Protestmarsch der Flüchtlings-communitys für unsere Grundforderungen nach einem Ende der Residenzpflicht, der Schließung der Lager und für einen Stopp von Abschiebungen hat die Kämpfe der Flüchtlinge in den verschiedenen Regionen in Deutschland sowie darüber hinaus in Europa vorangebracht.

Gemeinsam mit dem Break Isolation Netzwerk, das nach dem Karawanefestival 2010 in Jena initiiert worden war, um das Augenmerk auf das Durchbrechen der Isolation von Flüchtlingen zu richten, haben viele Aktivisten regionaler und bundesweiter Initiativen von Refugee Communitys unter der Mitwirkung von antirassistischen Netzwerken in Deutschland, von Nicht-Flüchtlingen und von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kontinenten, sich aktiv daran beteiligt, vor dem Flüchtlingssommercamp 2012 in Erfurt die Isolation von Flüchtlingen zu durchbrechen, die Einheit der Flüchtlinge gegen koloniales Unrecht zu stärken und den Flüchtlingsprotestmarsch 2012 zu unterstützen.



Die Veranstaltungen der "Break Isolation Conference and Solidarity Act!" 2013 werden im Rahmen der Plattform des Flüchtlingstribunals gegen die Bundesrepublik Deutschland koordiniert werden, das vom 13. bis zum 16. Juni 2013 in Berlin stattfinden wird.

Gemäß des Solidaritätsslogans der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen “Wir sind hier, weil ihr unser Land zerstört” soll in diesem Prozess allen verschiedenen Blickwinkeln und Ansichten Gehör gegeben werden, damit wir über unsere Ängste hinweggehen können und das Grenzregime unter Kontrolle halten und ihre Ideologie der dominanten Kultur der kolonialen Ungerechtigkeit in der Weltordnung der globalen Apartheid und der Unterdrückung der Menschen in der Welt entlarven zu können.

Flüchtlingsaktivisten und Asylbewerber, MigrantInnen und Aktivistinnen werden zu Diskussionen über ihre Kampagnen und zu regionalen Protestveranstaltungen eingeladen. Wir werden die politischen Inputs und Diskussionen der bundesweiten Vorbereitungstreffen und die Appelle der Flüchtlinge für das Flüchtlingstribunal in Berlin vorstellen.

Aktivistinnen der Flüchtlings- und MigrantInnen-communitys haben bereits ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt. Wir hoffen, dass wir eine weitergehende Analyse des anhaltenden Krieges gegen Flüchtlinge und MigrantInnen sowie der geplanten Opposition und der Konfrontation damit liefern können.

Wir wollen die verschiedenen Aspekte der gegenwärtigen Menschenrechtssituation und des undemokratischen Prozesses der De-Legitimierung des Rechts auf Asyl und der Rechte der Flüchtlinge auf Migration in Deutschland beleuchten und analysieren.

Es wird ebenfalls Erklärungen der Communitys für das Tribunal im Juni geben, um die Ressourcen für unseren Kampf um Gerechtigkeit und um grundlegende Rechte zu stärken, einschließlich der Herausforderung des offenen Austauschs im politischen Netzwerk der Flüchtlingscommunity und der Gruppen in den Bewegungen und den Lagern.

Es wird Planungen für Informationen und Workshops zu den Flüchtlingskämpfen für Gerechtigkeit und grundlegende Rechte geben und zu aktuellen Kampagnen wie den Kämpfen der Roma, der Kampagne zu Racial Profiling und Rassismus, zu Dublin II und III, zu der Stop Deportation!-Kampagne, zur Schließt-alle-Flüchtlingslager-Kampagne, zu den Kampagnen gegen Abschiebegefängnisse, Isolationslager und EU-Frontex, zu den Kämpfen für Bewegungsfreiheit und gegen Polizeibrutalität, Kontrollen und Residenzpflicht, zu der Kampagne gegen Botschaftsanhörungen und gegen koloniales Unrecht und zu den Informationskampagnen zur politischen Situation in den Flüchtlingsländern. Weitere, darauf bezogenen Kampagnen können vorgeschlagen werden.

Wir haben Informationsmaterial zu verschiedenen Themen unserer Kämpfe gegen Rassismus, Diskriminierung, Polizeibrutalität und Kontrolle, zum Krieg gegen Flüchtlinge und Migrationskontrolle, zum Karawane-Festival 2010 in Jena „Vereint gegen koloniales Unrecht“ und zum „Break Isolation Sommercamp 2012 „Stärkt die Einheit der Flüchtlingskämpfe gegen koloniales Unrecht“ sowie den Residenzpflicht-Dokumentarfilm. Zur Unterstützung der regionalen Veranstaltungen, Diskussionen und der Mobilisierung ist unser Material auch als Film, Video, Audiomaterial und online erhältlich.

Momentan organisieren wir dezentrale Veranstaltungen in sieben Regionen Deutschlands mit AktivistInnen und Gruppen in Bremen, Hamburg, Wuppertal, Göttingen, Berlin, Frankfurt und Jena.

Wir wollen diese Gelegenheit nutzen, um Gruppen aus anderen Städten und Regionen einzuladen, uns zu informieren, wenn sie daran interessiert sind, mit uns gemeinsam in Solidarität mit einem fortgesetzten Flüchtlingsprotest in ihrer Region zu handeln, die Plattform des Flüchtlingstribunals zu stärken, und sich gegen koloniales Unrecht in Deutschland und gegen EU-Frontex zusammenzuschließen.

Wir appellieren an Gruppen und Initiativen, die interessiert sind, an der Break Isolation Conference teilzunehmen. Wir bitten euch dringend, uns anzuhören und unsere Forderung, den Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen zu beenden, weiterzuverbreiten. Die Break Isolation Conference wird eine politische Ressource sein für Gruppen und Individuen, die daran interessiert sind, im Break Isolation Netzwerk aktiv zu werden oder für alle, die sich dort, wo sie leben, engagieren wollen.

Die Revolution braucht keine Hilfe oder Ein Helfer! Wir warten nicht darauf, wir brauchen uns gegenseitig, wir müssen lediglich jetzt gemeinsam handeln. Es ist die Revolution unseres Lebens ¨C ohne Kompromisse mit den rassistischen Gesetzen und den rassistischen Ungerechtigkeiten, wenn wir es schaffen, die Ungerechtigkeit des Systems bloßzustellen. Wir unterstützen all das, was nötig ist, um die Solidarität fortzusetzen, die Mobilisierung und die Organisierung mit den unterdrückten Communitys, damit sie ihre Würde zurückerobern können.

Schließt die Lager.

Unser Zeugnis ist geschrieben, um die Behörden mit unserem Protest unter Kontrolle zu halten!

Wir wollen unseren Protest fortsetzen und uns gegen die Isolation der Flüchtlinge organisieren!

Wir laden euch ebenfalls ein, euch an der Plattform für das Flüchtlingstribunal zu beteiligen - in Solidarität mit den Unterdrückten, die sich aus der Isolation und Unterdrückung hier befreien wollen.

Die Veranstaltungen und das Programm der Konferenzen, politische Beiträge und Inhalte sowie kulturelle Initiativen werden direkt im Netzwerk koordiniert werden. Bei Interesse an weiteren Information zu den Veranstaltungen, wie man sich daran beteiligen und eigene Beiträge dazu beisteuern kann, kontaktiert bitte: thevoiceforum@gmx.de.

Ein Jahr ununterbrochener, revolutionärer Flüchtlingswiderstand



Ein Bericht von Turgay Ulu, geschrieben am 19.3.2013 in Kiel

Unser Widerstand, den wir gegen die unmenschlichen Bedingungen begonnen haben, unter denen Flüchtlinge in Deutschland und Europa leben müssen, wird bald ein Jahr alt. Auch vorher gab es verschiedene Widerstandsbewegungen und Kampagnen in Deutschland aber unsere aktuelle Bewegung hat seit einem Jahr die Straße nicht verlassen.

Zunächst haben wir auf lokaler Ebene Aktionen organisiert, indem wir in Flüchtlingslagern demonstrierten, Informationsblätter verteilten, Kantinen besetzten, Zelte aufgeschlagen und Hungerstreiks begonnen haben. Diese Methoden waren jedoch nicht ausreichend, da die Flüchtlingspolitik in Deutschland zentral und entlang bestimmter Gesetze geführt wird.

Die Gesetze und Regelungen, die in deutschen Flüchtlingslagern herrschen, etwa das Gutscheinsystem, die Residenzpflicht oder Abschiebungen bilden alle ein kompliziertes Isolationssystem.

Wir haben vor einem Jahr unsere Forderungen in drei Punkten zusammengefasst und entschieden, mit diesen Forderungen in die Hauptstadt Berlin zu marschieren. Wir sind nach Berlin gekommen, weil es die Hauptstadt ist: Der Bundestag befindet sich hier, die Gesetze, die uns zu Isolation verurteilen, werden hier verabschiedet.

Wie alle Aufstände in der Geschichte, haben auch wir uns entschieden, unseren Aufruhr ins Zentrum zu tragen. Nach Berlin zu marschieren, hatte auch den Zweck, die Aufmerksamkeit aller Flüchtlinge in allen Flüchtlingslagern bundesweit zu erlangen.

Der 600 Kilometer lange Protestmarsch, den wir in Würzburg begonnen haben, hat 29 Tage gedauert. Auf unserem Weg haben wir Flüchtlingslager besucht und die Sklavenverhältnisse in diesen abgelegenen Orten angeprangert.

Es gab Flüchtlinge, die seit Jahrzehnten in diesen Isolationslagern warteten, was zu diversen psychologischen Problemen geführt hatte. In diesen Lagern finden zahlreiche Suizide und Suizidversuche statt. Auch unser Protestmarsch hat so begonnen. Der iranische Flüchtling Mohammed Rahsepar hatte sich in Würzburg erhängt. Er hat die Ausgrenzung, das isolierte Leben nicht mehr aushalten können.

Parallel zum Freiheitsmarsch tourte ein Bus auf derselben Route. Auch dieser Bus hat viele Lager auf dem Weg besucht und die hiesige Isolation aufgedeckt.

Die Marschierenden und die Bustour haben sich in Berlin getroffen und das Protestcamp am Oranienplatz gegründet. Eine weitere Gruppe hat am Brandenburger Tor einen Hungerstreik begonnen.

Während eines Jahres Widerstand sind wir öfter den Angriffen von Faschisten und von Polizisten ausgesetzt gewesen. Des Öfteren wurden wir in Untersuchungshaft genommen und verletzt.

Wir haben Botschaften besetzt, welche gemeinsam mit der deutschen Regierung Abschiebungen organisieren. Während dieser Besetzungen hat uns die Polizei mit Tränengas und Baseballschlägern angegriffen. Wir haben in Berlin eine große Schule besetzt, hier leben wir immer noch.

Das Isolationssystem ist nicht nur ein Flüchtlingsproblem. Unser Widerstand gilt den imperialistischen und unrechten Kriegen, weil sie der Hauptgrund für die Flucht sind.

Die EU-Gesetze besagen, dass „jeder Mensch sich frei bewegen“ darf. Der Genfer Konvention zufolge hat jeder Mensch das Recht auf Asyl, wenn er aus berechtigten Gründen um sein Leben fürchtet. Aber das in ganz Europa angewandte System beruht auf Bestrafung. Es besteht in diesem System kein Unterschied zu einem Gefängnis.

Im Laufe unseres ununterbrochenen Widerstandes sind wir diesmal mit einer revolutionären Bustour von Berlin zu Lagern in ganz Deutschland gefahren. Während unserer Lagerbesuche wurden wir mehrmals von der Polizei angegriffen und es gab Verhaftungen und Verletzte.

Der Staat fühlte sich von unseren Aktionen gestört, weil wir die Ausbeutung und Isolation enthüllten, die er zu verheimlichen versuchte. Wir hatten die Büchse der Pandora ganz weit geöffnet.

Neben dem Parlament, der Polizei, den zivilen Faschisten, fühlten sich auch die in den Kapitalismus integrierte Linke und die bürokratisierten Hobby-Oppositionellen von uns gestört.

Wir haben in die Hände der Polizei gebissen, die uns mit allen Mitteln angegriffen hat. Deshalb haben sie uns als „Kriminelle“ stigmatisiert. Sie bombardieren die Länder, in denen wir leben, schüren Kriege, stacheln ethnische Unruhen an, um die dortigen Ressourcen und Energiequellen zu kontrollieren. Wir beißen ihre Fäuste, ihre Bomben. Sie sind die Kriminellen. Wir verteidigen uns lediglich.

Unser Widerstand hat sich bundesweit ausgeweitet. Und nicht nur in Deutschland, auch in Europa. In anderen EU-Ländern wurden nach unserem Beispiel ähnliche Aktionsmodelle und Widerstandsbewegungen organisiert. Wir haben uns durch das Internet und durch Besuche vernetzt, und miteinander solidarisiert.

Wir haben bewiesen, dass es möglich ist, auf der Straße, ohne Staat, ohne Führer, kollektiv zu leben. Zahlreiche Gesellschaftsgruppen haben uns unterstützt. Alle Menschen, die zu uns gekommen sind, sind irgendwie bewusster geworden und wurden politisiert. Der Widerstand hat uns frei gemacht. Wir führen ein anderes Leben auf der Straße, das der kapitalistischen Klassengesellschaft entgegengesetzt ist. Gemeinsam treffen wir Entscheidungen und gemeinsam praktizieren wir sie. In unseren Plena haben alle ein Sprachrecht. Alle können widersprechen.

Das kapitalistische System der Isolation beeinflusst auch die anderen Schichten der Gesellschaft. Sofern die Krise des Kapitalismus zunimmt, werden die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Arbeitslosen und der Kleinhändler schwieriger. Konkrete offensichtliche Beispiele dafür erleben wir in Europa in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Die Krise rückt nun mehr in die Zentren. Die Zahl der arbeitslosen Menschen steigt täglich. Das Rentenalter wird erhöht. Die Mieten steigen permanent.

Wir führen mit allen vom Kapitalismus und Rassismus betroffenen Menschen gemeinsamen Widerstand und Aktionen durch. In Berlin und in anderen Regionen Deutschlands beschäftigen sich oppositionelle Gruppen in ihren Medien mit unserem Widerstand.

Der durch uns auf der Straße durchgeführte und notwendige Widerstand hat Respekt erlangt. Eine breite Unterstützergruppe ist erreicht worden, weil wir in Europa den Widerstand und die Aktionen verwirklicht haben, die zuvor nicht derart durchgeführt worden waren. Bei unseren Aktionen haben wir zeitweise Tausende auf die Straßen mobilisiert.

Trotz jeglicher Drohungen und Angriffe sowie Abschiebungsandrohungen haben wir nicht kapituliert. Wir haben alles riskiert. Auf diese Weise haben wir Flüchtlinge, die in Angst und Furcht in Lagern leben, ermutigt. Nunmehr schließen sie sich uns an und organisieren in den Lagern, in denen sie leben, selbst Widerstände.

Wir führen alles auf der Straße durch. Unsere Theorie erproben wir auf der Straße. Dieser Artikel wird auf der Reise zu einem Flüchtlingslager geschrieben. Vielleicht müssen wir uns gleich bei der Ankunft mit der Polizei auseinandersetzen und kämpfen. Auch die Praxis führen wir selbst durch. Auch die Theorie dieser Widerstände entwickeln wir selbst. Niemand versucht uns von außen zu dirigieren, weil wir dem durch unsere Praxis vorbeugen. Alles passiert auf der Straße. Unsere Aktivitäten sind weder Freizeitbeschäftigung noch Hobby. Wir sind mit unseren Körpern und Gedanken auf der Straße. Unser Widerstand hat seine Schwierigkeiten aber auch seine Schönheiten. All das erleben wir in einem.

Wir, die von unterschiedlichen Orten der Welt, aus unterschiedlichen Kulturen und mit verschiedenen Sprachen zusammengekommen sind, können uns ganz einfach verstehen. Wir lernen voneinander, von unseren Erfahrungen und Vielfältigkeit. Auch wenn wir nach schwerwiegenden Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt oder in Haft genommen wurden, haben wir danach gemeinsam mit der Musik getanzt.



Wir haben nichts zu verlieren und dies verbindet uns. Wir bezeichnen uns nicht als klug. Wir lehnen den Optimismus ab. Wir fügen uns nicht den Regeln der Klassengesellschaft. Aus diesem Grund können wir uns als Barbaren bezeichnen. Im Herzen Europas wehren wir Barbaren uns ohne jegliche Tricks gegen die Diebe, die unsere Rohstoffe, die Produkte unserer Arbeit und unsere Kultur plündern.

In den Großstädten haben wir während unseres Freiheitsmarsches viele Menschen mobilisiert, welche sich an unseren Aktionen beteiligt haben, in Erfurt 700, in Leipzig 1000 und in Berlin 8000. Am 23. März 2013 wollen wir Tausende Menschen zu unserer Flüchtlingsrevolutionsdemo mobilisieren. Wir werden von unserem Widerstandsort, dem Oranienplatz, zum Bundestag marschieren.

Wir werden unseren Widerstand und unsere Aktionen solange fortführen, bis sich die uns in die Isolation verurteilenden Gesetze ändern. Wir akzeptieren das uns auferlegte Sklavenleben nicht. Seit einem Jahr verstoßen wir massenhaft gegen die Residenzpflicht.

Die Europäische Union beschließt neue Gesetze und Vereinbarungen, um das Leben der Flüchtlinge weiter einzuengen und sie leichter abzuschieben. Wir erproben gegen diese Angriffe neue Widerstandsmodelle.

Nunmehr gibt es in Deutschland eine Flüchtlingsorganisierung. Jeder muss uns als Ansprechpartner akzeptieren. Bei Problemen in den verschiedenen Flüchtlingslagern werden wir angesprochen. Es wird von uns erwartet, dass wir für die Probleme dort Lösungen finden.

Durch die elektronischen Türen, die Kameras und die Sicherheitsangestellten sind die Flüchtlingslager ein Abbild der Kontrollgesellschaft. Das Modell der Kontrollgesellschaft möchte einen gehorsamen Menschen schaffen. Sie zwingen uns ein hirnloses Roboterleben auf. Das ist das Gesellschaftsmodell, das der Kapitalismus für die Zukunft schaffen will. Eine Gesellschaft, die ständig unter Beobachtung und Kontrolle gehalten wird.

Die Flüchtlingslager in Deutschland sind ein Symbol des Kolonialismus. So wie die Menschen in kolonialisierten Regionen dem Druck, der Ausbeutung und dem Tod ausgesetzt sind, werden sie hierzulande zu einem ähnlichen Leben verurteilt.

Während des einjährigen Widerstandes haben wir reichlich Material gesammelt. Während des Widerstandes haben wir jeden Tag geschrieben. Wir haben Filme gemacht. Wir haben Interviews durchgeführt. Wir haben Flüchtlingskongresse organisiert. Wir werden ein internationales Flüchtlingstribunal durchführen. Wir organisieren den Frauenwiderstand.

Auch wenn sich die Isolationsgesetze nicht ändern, fühlen wir uns durch unseren Widerstand auf der Straße befreit. Wir brechen jegliche Verbote und Einschränkungen. Die rassistischen Angriffe sowie die Polizeibrutalität haben unseren Widerstand nicht aufhalten können.

Durch das Dublin II Abkommen sowie FRONTEX verlieren täglich hunderte von Menschen ihre Perspektive. Hunderte verlieren ihr Leben in den Tiefen des Meeres bei der Flucht zwischen den Kontinenten. Sie führen ein elendiges und hungriges Leben. FRONTEX arbeitet wie eine internationale Armee.

Wir haben zwei Möglichkeiten: Entweder fügen wir uns dem System der Isolation und leben wie verängstigte Sklaven oder wir kämpfen gegen das System und wehren uns, weil wir als Menschen leben wollen. Wir wollen durch Widerstand und Aktionen unsere Freiheit erlangen. Dafür stehen wir.

Es lebe die Menschlichkeit und unsere Einheit im Widerstand

Mehr Info: http://refugeesrevolution.blogsport.de

FALLERSLEBEN-WOLFSBURG: „GENUG IST GENUG!“

Aufruf zur Demonstration am 27. April

Wir Flüchtlinge aus Fallersleben, Wolfsburg wollen nach vielen uneingelösten Versprechungen durch Regierungsparteien und Verwaltung öffentlich auf unsere Situation aufmerksam machen.

Wir können es nicht länger ruhig hinnehmen, im Isolationslager zu wohnen. Hier werden Tag für Tag Menschen traumatisiert, in Depression und bis in den Tod getrieben.

Manche von uns sind hier seit 12 Jahren und immer noch gibt es keine Hoffnung auf wenigstens eine Arbeitserlaubnis und ein allgemein besseres Leben. Einem Raum sind drei bis fünf BewohnerInnen bzw. ganze Familien zugeteilt. Dieser eine Raum ist gleichzeitig Schlaf-, Wohnzimmer und Küche, das führt zu Konflikten, weil die Bedürfnisse der BewohnerInnen natürlich unterschiedlich sind. Beschwerden werden ignoriert, obwohl es freie Zimmer gibt. Mehr als zehn Bewohner sollen eine Toilette und Dusche gemeinsam nutzen. Das Lager wird durch die berüchtigte Firma K&S Dr. Krantz Sozialbau betrieben. Vor dem Firmensitz in Sottrum bei Bremen wurde unter anderen für die Schließung des Isolationslagers in Meinersen im Nachbarlandkreis demonstriert. K&S macht weiter seinen Gewinn mit dem Betreiben von Altenheimen und Isolationslagern und auf Kosten der Flüchtlinge und in Kollaboration mit den lokalen Behörden.

Viele von uns sind von rassistischen Polizeikontrollen betroffen. Alain Nkurunziza, der im März 2011 in Frankfurt a.M. kontrolliert wurde, leistet zivilen Ungehorsam gegen die rassistischen Gesetze, deshalb wird ihm mit zwei Wochen Gefängnis bedroht. Die Verurteilung zu einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe wegen der Verletzung der Residenzpflicht verletzt das natürliche Recht auf Bewegungsfreiheit, das jeder wahrnehmen darf. Wir nehmen uns das Recht, uns gegen Unrecht zu wehren und klar auszusprechen: Die Verletzung unserer Menschenrechte, von der Regierung und ihren staatlichen Institutionen organisiert, befeuert zusätzlich die rassistischen Aggressionen aus der deutschen Gesellschaft und wirkt auf die Täter als mehrheitsfähig, was trotz aufgeflogenem faschistischem NSU-Staatsprojekt und mit der Legitimierung faschistischen Parteien Realität ist. Deswegen können wir in Isolationslagern ohne Rechte warten - auf den geistigen und körperlichen Verfall, die Deportation und den Tod. Das ist in Deutschland mehrheitsfähig. Es geht um unsere Leben. Die Zeit des Schweigens und des Ertragens ist für uns vorbei. Unser Widerstand schließt sich mit allen Flüchtlingskämpfen zusammen - in unseren Herkunftsländern, auf allen Wegen und hier in Deutschland. Unsere Anklage hat schon lange begonnen, wir werden sie zum Internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 13. – 16. Juni nach Berlin tragen.

Die Landesregierung spricht im neuen Koalitionsvertrag von „Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik“ und davon, dass sie sich für die (teilweise) Aufhebung diskriminierender Gesetze einsetzen will.

Wir haben es lange genug ertragen müssen, in Schmerz, Qual und Trauer zu leben. Wir haben lange genug in einer verschmutzten Umgebung, in Mitten eines Industriegebiets, im Lager Fallersleben gelebt und unter massiven Menschenrechtsrechtsverletzungen, begangen durch staatliche Autoritäten, gelitten. Wir können und werden das nicht länger akzeptieren, unsere Geduld hat ein Ende. Wir wollen die Öffentlichkeit darüber informieren und werden deshalb unsere Forderungen auf die Straße tragen.

Wir nehmen die Lagerunterbringung und unsere Entrechtung nicht hin und fordern:

-Bewegungsfreiheit! Abschaffung der Residenzpflicht!

-Abschaffung des Gutschein-Systems!

-Schließung des Lagers Fallersleben!

-Abschaffung des Arbeitsverbots!

-Abschiebestopp!

IN GEDENKEN AN SHAMBU LAMA

STÄRKUNG DER GEMEINSCHAFTEN IN OST-NIEDERSACHSEN



Am 2. März 2013 kamen einem Tag nach dem Todestag von Shambu Lama Flüchtlinge aus Braunschweig, Fallersleben, Meinersen, Peine und andere Menschen zu einer Gedenkkundgebung in Gifhorn zusammen. Shambu Lama hatte den Druck der Ausländerbehörde nicht mehr Stand gehalten und hatte sich am 1. März 2011 vor einem Zug geworfen und war gestorben. Nach 15 Jahren Leiden, psychischer Folter und beständiger Erniedrigung durch den deutschen Staat und seine besonders brutalen Angestellten in Gifhorn starb ein weiterer Flüchtling und hinterließ seinen 10 Monate alten Sohn ohne Vater.

Dieses Jahr kamen etwa 60 Menschen zur Kundgebung. Die Redebeiträge machten deutlich, dass die Ausländerbehörde Gifhorn weiterhin mit dem Leben von Flüchtlingen und ihrer Familien spielt. Die Flüchtlinge aus den oben genannten Städten informierten über die rassistischen Gesetze und den rassistischen Autoritäten.

Nach der Kundgebung fand eine Zusammenkunft im Lager Meinersen statt. In diesem Lager haben viele Jahrelang leiden müssen. Gleichzeitig ist das Lager aber auch für seine starke Geschichte des Widerstandes von Flüchtlingen bekannt. Anfangs versuchte der Lagerleiter das Treffen zu unterbinden, dies gelang ihm jedoch nicht. Das Treffen begann im Flur. Dort wurde zuerst ein Videoclip des ehemaligen Bewohners von Meinersen, MC Nuri, gezeigt. Anschließend wurde ein Video vom KARAWANE-Festival 2010 und ein Video zu den Aktionen vor dem bereits durch den Kampf der Flüchtlinge geschlossenen Lagers Zella-Mehlis vorgeführt. Beim letzten Film fingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zusammenkunft laut in dem Flur zu schreien: „Das Lager muss weg!“ Sie verabredeten ein weiteres Treffen in Fallersleben für den 6t. April, um über das Tribunal 2013 zu diskutieren.

FLÜCHTLINGE IN NÖRDLINGEN BOYKOTTIEREN ESSENPAKETE



Am 28. Februar 2013 protestierten Flüchtlinge des Lagers in Nördlingen vor dem Isolationslager und verhinderten die Auslieferung der Essenspakete. Ihre Forderungen lauteten:

- Ende der Essenspakete
- Ende der Kleiderausgabe
- Die Schließung des Lagers
- Ende der Abschiebungen
- Ende der Gebühren für die Erlaubnis, den Landkreis zu verlassen
- Freilassung von Idris Solomon aus der Abschiebehaft

Am 1. März 2013 schrieben sie den folgenden Brief an den Oberbürgermeister von Nordlinge und an den Landrat von Donauwörth.

Sehr geehrte Herren,

wir die Flüchtlinge aus dem Lager Nördlingen können das Unrecht, das wir seitens der lokalen Verwaltungen erfahren, nicht mehr ertragen. Daher haben wir seit dem 28.2.2013 die regelmäßige Anlieferung von Essenspaketen boykottiert. Neben den vielen anderen Problemen diskriminiert die Ausgabe von Essenspaketen. Unsere Rechte und Würde als Menschen werden beraubt.

Obwohl wir sicher sind, dass die Lage Ihnen bereits durch die Lagerautorität, Frau Reinhard, kommuniziert worden ist, sehen wir es als notwendig an, sie öffentlich auf diesem Wege ins Kenntnis zu setzen.

Wir erwarten ein baldiges Treffen mit den verantwortlichen Autoritäten. Sonst werden wir andere Schritte unternehmen, die für den Kreis und der deutschen Gesellschaft skandalös sein könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Flüchtlinge aus Nördlingen



Mehr Infos unter: http://thevoiceforum.org/node/3088

LODOE KAMACHA- ALEX

IM MÄRZ IM LAGER PARCHIM GESTROBEN

Lodoe Kamacha genannt Alex wurde am 8. März tot in seinem Zimmer im Lager in Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) aufgefunden. Alex war vor 17 Jahren nach Deutschland geflohen. Seine Frau und sein Sohn leben noch immer in Kathmandu in Nepal. Zuerst lebte Alex in dem Lager Zapel (Mecklenburg-Vorpommern) und war nun schon seit neun Jahren im Parchimer Lager untergebracht. Im Lager selbst leben bis zum 100 Menschen. Bis zu vier Personen müssen sich ein Zimmer teilen. Manche Flüchtlinge leben schon viele Jahre dort und sind bis zu 20 Jahre in Deutschland. Ursprüngliche Hoffnung ist der Erfahrung der Aussichtslosigkeit auf Lebenszeit gewichen. Aber der Tod von Alex hat aufgerüttelt und auch die wachsenden Proteste überall in Deutschland geben Mut. Ali Safianou Touré, Aktivist der KARAWANE hat acht Jahre im Lager Parchim gelebt. Er kämpft immer noch mit den Behörden des Landkreises. Er hält die Verbindung zu den FreundInnen im Lager. So durchbrach die Nachricht von Alex Tod die Isolation.

Drei Tage vor seinem Auffinden hat ihn eine Zimmernachbarin das letzte Mal lebend gesehen. Er sah an diesem Tag sehr schlecht aus, hatte eine graue Hautfarbe und auf die Frage, wie es ihm geht, nicht mehr geantwortet. Alex litt schon seit langem an Depressionen. Wegen seines Diabetes war er auch schon mal im Krankenhaus gewesen, aber nach der Normalisierung seiner Blutzuckerwerte wieder zurück ins Lager geschickt worden.

Da die Freunde Alex mehrere Tage nicht gesehen hatten und schon einen ungewöhnlichen Geruch aus dem Zimmer warnahmen, öffnete die Lagerleitung am 8. März 2013 sein Zimmer. Es wurde noch ein Krankenwagen gerufen und die Polizei verständigt, die drei Stunden vor Ort war, aber mit niemanden gesprochen hat.

Freunde von Alex vermuten, dass er vielleicht durch eine Unterzuckerung sein Bewusstsein verloren hat und deswegen keine Hilfe mehr holen konnte. Als die Freunde die Lagerleitung fragten, was mit Alex passiert sei, antworteten diese: „Ein Lodoe Kamache lebt hier nicht." Eine andere Freundin wurde an die Ausländerbehörde verwiesen. Alex hatte keine Angehörigen hier, aber Freunde und Freundinnen – Flüchtlinge wie er, mit denen er seit Jahren den gleichen Ort und die gleichen Erniedrigungen, Ängste und auch Freuden und gegenseitige Hilfe teilten – ihnen wird keine Auskunft gegeben, woran Alex starb. Warum er starb, wissen alle – 17 Jahre im Lager in Deutschland. Alex wurde nur 45 Jahre alt.

Der Landkreis Parchim/Ludwigslust wird beim Internationalen Flüchtlings-Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland im Juni in Berlin in Anklage stehen – nicht nur wegen des verflossenen Lebens von Alex.

Nicht die Menschen sind illegal, sondern die Grenzen

Angesichts des in den vergangenen Jahren immer größer werdenden Fluchtdebakels und den Herausforderungen der Migration für Flüchtlingsfrauen, haben wir uns in dieser Ausgabe (Original in türkischer Sprache veröffentlicht in SKB Bületeni Nr. 4 vom November 2012) auf die Probleme von Flüchtlingen konzentriert, mit besonderem Augenmerk auf die Probleme der Flüchtlingsfrauen, um die Aufgaben und Verpflichtungen von uns, den sozialistischen Frauen, zu verdeutlichen.

Zunächst wollen wir auf den Unterschied zwischen den Begriffen „Migration" und „Flucht" aufmerksam machen. Im Sinne der Genfer Konvention 1951 werden Flüchtlinge als Personen definiert, die sich aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, die nicht auf den Schutz dieses Staates zugreifen können oder aufgrund dieser begründeten Furcht dies nicht wollen. Migration hingegen ist eher eine vage Formulierung. Viele verknüpfen mit diesem Begriff die Auswanderung von Menschen und den Wechsel des Aufenthaltsortes aus wirtschaftlichen Gründen.

Zweifellos ist der wichtigste Faktor, der die Menschen zur Flucht treibt, das kapitalistische imperialistische System selbst. Flüchtlinge sind wegen des zügellosen Kolonialismus, wegen Kriegen und Besatzungen sowie politischer Unterdrückung in ihren eigenen Ländern gezwungen, diese zu verlassen.

Die Zuflucht, die nach dem Ersten Weltkrieg, nach dem Untergang von Russland, von Österreich-Ungarn und des Osmanischen Reiches in massenhaften Dimensionen stattfand wiederholte sich nur wenige Jahre später zu Zeiten der rassistischen Gesetze in Deutschland und des Spanischen Bürgerkriegs. Der Zweite Weltkrieg und die Verbreitung einer Faschismuswelle führten auch dazu, dass Millionen von Menschen ihren Aufenthaltsort wechselten. Von 1944 bis 1951sind rund 20 Millionen Menschen in andere Länder emigriert. Gleichzeitig konnten zu diesem Zeitpunkt auch außerhalb Europas massenhafte Migrationen beobachtet werden.

Die mosambikanischen Flüchtlinge in Ruanda und Tansania, etwa zehn Millionen bengalische Flüchtlinge in Indien, Flüchtlinge aus Vietnam und Kambodscha, Flüchtlinge aus dem Iran und Afghanistan, rund 1,8 Millionen kurdische Flüchtlinge, die aus dem Irak fliehen mussten, Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo und insbesondere Hunderte von Oppositionellen aus der Türkei und Kurdistan, die nach dem Militärputsch im Jahr 1980der Unterdrückung des faschistischen Regimes fliehen mussten, sind gezwungen in europäischen Ländern zu leben. Aktuell muss die syrische Bevölkerung, wegen des heraufbeschworenen Bürgerkriegs massenhaft in benachbarten Länder, wie vor allem Jordanien oder die Türkei, Zuflucht suchen.

Flüchtlinge, insbesondere diejenigen, die vor Kriegen fliehen, sind entgegen der weit verbreiteten Meinung, nicht diejenigen, die „reich" werden wollen. Das ist daran erkennbar, dass die Länder, die diese Migranten oder Flüchtlinge annehmen, zu weiten Teilen selber arm sind. So befinden sich etwa in Pakistan 1,8 Millionen, in Syrien 1,1 Millionen und im Iran 980.000 Flüchtlinge.

Imperialistische Länder reißen, Dank verschiedener Abkommen mit einheimischen Diktatoren, insbesondere in afrikanischen Ländern die Ressourcen an sich und hinterlassen in diesen Ländern Hunger und Armut. Zum Beispiel ist die Fischerei die hauptsächliche Erwerbsquelle in Somalia, Eritrea und Nigeria. Nicht nur wird die Fischerei in diesen Gebieten zerstört, auch vermarkten die imperialistischen Länder in diesen Ländern ihren eigenen Fisch. In Nigeria wiederum werden Öl und Erdgas durch das Shell-Monopol konfisziert, das Öl in Sudan, Coltan, ein Erz, das unter anderem bei der Herstellung von Handys benutzt wird, in Kongo und Angola, Aluminium und Uran in Guinea, Diamanten und Platin in Südafrika undDiamanten in Sierra Leone werden durch imperialistische Länder ausgebeutet. Auch die schwarzen Erden von Eritrea und Somaliasind faktisch besetzt. Diese Länder befinden sich an der Küste des Suez-Kanal, des wichtigsten Handelswegs für den deutschen, englischen, französischen und US-amerikanischen Imperialismus.

Laut dem Jahresbericht des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen leben weltweit 42Millionen Menschen in Emigration. Davon sind 16 Millionen Flüchtlinge, die in ein anderes Land gegangen sind und einen Asylantrag gestellt haben. Jedoch gibt es auf diesem Planeten 150 Millionen Menschen, die das Land verlassen haben, in dem sie geboren wurden.

Reisen zwischen Leben und Tod

Flüchtlinge begegnen auf ihrem Weg, der Tage, Monate ja sogar Jahre dauern kann, so einiges: Todesfälle, Geburten, Folter, Schläge, unmenschliche Zwangsarbeit, Vergewaltigung...

Frauen und Kinder trifft diese Erfahrung besonders hart. Die Frauen müssen ihre Körper verkaufen, manchmal um die Menschenhändler zu bezahlen und manchmal für den Lebensunterhalt der Zurückgebliebenen. Was die afrikanischen Frauen in eine schwierigere Lage bringt ist der Voodoo-Glaube. Menschenhändler entnehmen diesen Frauen während ihrer Reise Haar- und Nagelproben sowie Proben aus ihrem Menstruationsblut. Diese Proben werden bei der Zurückzahlung der angeforderten hohen Beträge als Druckmittel benutzt. Die Frauen, die an schwarze Magie glauben, sind überzeugt davon, dass ihnen Unglück (Todesfälle, Wahnsinn in der Familie, unter den Kindern) widerfahren wird, solange ihre Proben in den Händen der Händler sind. So sind siegefangen in den Händen dieser Gauner. Zusätzlich sind sie auch leider häufig das Ziel sexueller Übergriffe und Vergewaltigungen von Seiten der männlichen Flüchtlinge, mit denen sie zusammen reisen. Es gibt kaum eine Frau, die auf ihrem Weg keine sexuelle Übergriffe erlebt hat. Ein großer Teil der Frauen, die es nach Europa schaffen, sind bereits aufgrund dieser Übergriffe schwanger.

Die als „papierlos" bezeichneten Flüchtlinge, die vor allem auf langen Reisen in Transitländern hängen bleiben und in diesen Ländern leben oder arbeiten müssen oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, müssen unter schwersten und unmenschlichsten Bedingungen arbeiten. Papierlose Frauen müssen entweder als Dienstmädchen in privaten Haushalten arbeiten oder ihren Körper verkaufen, um nicht zu lange auf der Straße zu landen.

Flüchtlinge kommen meistens über den Seeweg nach Europa. Die meisten Todesfälle ereignen sich während der Seereisen. Statistiken zeigen, dass viele Flüchtlinge neben schlechten Wetterbedingungen, Krankheiten, Ersticken in Containern oder dem Untergang des Schiffes wegen Übergepäck, auch infolge der Angriffe der Grenzsicherheit sterben. Fortress Europe zufolge sind seit 1988mindestens 15.000 Menschen an den EU-Außengrenzen gestorben, einschließlich der 6.344 Flüchtlinge, die im Meer verschollen sind.

Europäische Länder ignorieren wiederum die soziologischen, wirtschaftlichen und psychologischen Dimensionen der Fluchtproblematik und suchen militärische Lösungen. Die Gründung der „Menschenjäger"-Institution FRONTEX, die über die volle Berechtigung auf militärische Macht verfügt, ist unter anderem ein Resultat dieser sogenannten Lösung. Die EU hat FRONTEX im Jahr 2005 mit einem Budget von 85Millionen Euro gegründet. Jedes FRONTEX-Team trägt die Uniform seines eigenen Landes undArmbinden der EU. Das Team ist berechtigt, Waffen zu tragen und zu benutzen. Auch die Abkommen der sogenannten „BountyHunters", für die England in den vergangenen Monaten 40Millionen Sterling ausgegeben hat, verdeutlichen das Ziel der Migrationspolitik der europäischen Bourgeoisie.

مؤتمر اللاجئات

Die Frauenflüchtlingskonferenz

Konferencija žena izbjeglica

کنفرانس زنان پناهنده

Mülteci kadınların konferansı

Конференция женщин – беженцев

La conférence des femmes réfugiées

19. - 21. April 2013
in Hamburg

www.thecaravan.org/node/3640



Deutschland, das nach wie vor versucht, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, plant zurzeit den Bau des größten Flüchtlingscamps in Kenia. Das Ziel dieses Campprojekts ist es, die Flüchtlinge, noch bevor sie die EU-Außengrenzen erreichen, abzufangen und die Asylanträge dort zu bearbeiten und abzuschließen. So werden auch die Probleme der Abschiebung und der Rückführung gelöst und für den deutschen Staat neue Investitions- und Arbeitsbereiche geöffnet.

Der Bedarf des europäischen Bürgertums nach billiger Arbeitskraft nimmt insbesondere seit den 90ern ab. Gleichzeitig gibt es aber weltweit mehr Kriege, Hunger und Armut und das treibt die Zahl der Flüchtlinge in die Höhe. So wurden die Asylgesetze zunehmend verschärft und die Rechte der Flüchtlinge stark eingeschränkt. Obendrein werden bereits anerkannte Asylanträge zurückgezogen.

Die traurige Realität im Kontinent der Träume

Diejenigen, die ihr Leben riskieren, um Meilen von Straßen und Ozeanen zu durchqueren, erwarten auch in Europa zahlreiche Probleme. Das Hauptproblem hierbei ist die Sprachbarriere. Flüchtlinge sind im Ankunftsstaat verpflichtet mit rechtkräftigen Gründen zu beweisen, warum sie ihr Herkunftsland verlassen haben. Wenn sie dies nicht können, riskieren sie, abgeschoben zu werden.

Wenn sie aus wirtschaftlichen Gründen gekommen sind, haben sie ohnehin keine großen Chancen. Wenn sie von Kriegen, Bürgerkriegen oder Besatzungen in ihren Ländern, wie etwa im Irak, in Afghanistan oder Syrien, geflüchtet sind, wird ihr Antrag meistens nicht angenommen. Bis die Unruhen in ihren Ländern vorüber sind, bekommen sie entweder eine provisorische humanitäre Aufenthaltsgenehmigung oder ihr Vorgang wird etwa fünf bis zehn Jahre in die Länge gezogen, sodass die Flüchtlinge, frustriert, von selbst entscheiden, zurückzukehren



oder abgeschoben werden.

In manchen Ländern herrscht die Pflicht des Aufenthalts in Flüchtlingsheimen sobald ein Asylantrag gestellt wird. In anderen Ländern dürfen sie sich den Landesgrenzen nicht mehr als 30 Kilometern nähern. Oder aber sie werden nicht verpflegt und sind letztendlich gezwungen, auf der Straße zu schlafen.

In Lagern außerhalb der Städte werden Flüchtlinge von der Gesellschaft isoliert und müssen mindestens zu fünft oder zu sechst in einem Zimmer schlafen. Hier treffen Menschen aus verschiedenen Ländern aufeinander, die sich sprachlich nicht verständigen können und unterschiedliche kulturelle Hintergründe haben. Deshalb sind Adaptationsprobleme und Streitigkeiten vorprogrammiert. In zentralen Kantinen wird bei der Zubereitung der Gerichte keine Rücksicht auf die verschiedenen Glaubensrichtungen genommen und das Haltbarkeitsdatum der Lebensmittel ist zumeist überschritten. Andere Beispiele für die Probleme der Lager sind zum Beispiel, dass sie viel zu weit entfernt von Supermärkten oder Geschäften sind und dass die Leistungen, die die Flüchtlinge bekommen, viel zu niedrig sind und in Form von Gutscheinen ausgezahlt werden. So werden die Produkte, die die Flüchtlinge kaufen dürfen und deren Menge vom Staat bestimmt.

Diese Lebensbedingungen führen mit der Zeit nicht nur zu ernsthaften psychischen Problemen, sondern auch zum Alkohol - und Drogenmissbrauch sowie zum Zusammenbruch.

Bei Frauen kommt es meist noch dazu, dass sie neben all diesen Problemen, insbesondere wenn sie alleine leben, noch die sexuellen Übergriffe der Bewohner und der Lagermitarbeiter erdulden müssen und dazu gezwungen werden, ihren Körper zu verkaufen. Aus Angst abgeschoben zu werden, halten sie still und lassen diese Angriffe über sich ergehen, solange sie in Heimen bleiben. Vor allem in Lagern, in denen die Toiletten und Duschen gemeinschaftlich benutzt werden, stellen die Hygiene und übertragbare Krankheiten ein weiteres Problem dar.

Hier wird nicht berücksichtigt, dass für Frauen, die in Kriegen oder Gefängnissen traumatisiert worden sind, Menschenmengen, ein Türknallen oder ein Schlüsselgeräusch eine ganz andere Bedeutung haben können, oder dass eine vergewaltigte Frau, dadurch, dass sie sich dauerhaft in einem Raum mit fremden Männern befindet oder durch die Anwesenheit uniformierten Personals retraumatisiert werden kann. Frauen fühlen sich in solchen Umgebungen ohnmächtig, beängstigt, unsicher und unruhig.

Auch in Familienlagern ist die Pflicht, mit Kindern in einem Raum zu schlafen und die fehlende Intimsphäre zwischen Mann und Frau, das Fehlen eines normalen Familienlebens und ihres Sexuallebens eine Art Gewalt, die durch das Männerdenken auf die Frau ausgeübt wird.

Die begrenzten Gesundheitsleistungen, das eingeschränkte Arbeitsrecht und die Tatsache, dass sie als billige Arbeitskraft unter den schlechtesten Umständen ausgebeutet werden, wenn sie überhaupt arbeiten dürfen, keine sozialen Rechte, Residenzpflicht, ständige Angst vor Abschiebung sind nur einige der Gründe, warum der Traumkontinent Europa für die Flüchtlinge zu einem Höllenkontinent wird.

Abschließend ist festzustellen, dass es für die Flüchtlingsfrau, die die erschwerten Konsequenzen der Ausbeutung am eigenen Leib erleben muss, von besonderer Bedeutung ist, sich zu organisieren und diese Probleme zu bekämpfen. Es war ein wichtiger Schritt, dass wir gemeinsam mit anderen Organisationen an dem letztjährigen Flüchtlingscamp in Erfurt teilgenommen und den Frauenworkshop organisiert haben. Jetzt steht vor uns die Flüchtlingsfrauenkonferenz in April 2013 bevor. Diese Konferenz, an der wir in jeder Hinsicht effektiv teilnehmen müssen, wird ein weiterer bedeutender Schritt für die Zusammenarbeit der Flüchtlingsfrauen sein.

FRAUENFLÜCHTLINGSKONFERENZ - 19.04. - 21.04.2013 IN HAMBURG

FLÜCHTLINGSFRAUEN SAGEN: „ES REICHT!“

VON DER FLÜCHTLINGSFRAUENKONFERENZ ZUM TRIBUNAL IN BERLIN





Liebe Freundinnen und Schwestern,

jede von uns trägt den Schmerz der Vergangenheit. Wir haben Armut, Elend, Krieg, politische Verfolgung, sexuelle Gewalt und Erniedrigung erlebt. Wir sind einen langen, beschwerlichen Weg gegangen und gemeinsam befinden wir uns hier in der Migration im Exil.

In den letzten Jahren ist uns vermehrt aufgefallen, dass gerade in unserem selbstorganisierten Kampf von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten die Beteiligung von Frauen sehr gering ist. Gerade wir Frauen, die die meiste Ausgrenzung, Erniedrigung und Ausbeutung in ihrem (Flüchtlings-) Alltag erleben, sind kaum im Kampf um die Befreiung und um die Besserstellung unserer Lebenssituation aktiv beteiligt.

Der Frage nach der geringen Frauenbeteiligung sind wir auf dem Break Isolation Camp in Erfurt im Sommer 2012 nachgegangen. Frauen, die wir in den Flüchtlingslagern besucht haben, schilderten uns ihre Isolation, ihre Ausgrenzung und ihre Ängste sowie das Fehlen eines organisierten Kampfes von Flüchtlingsfrauen für ihre Rechte.

Aus diesem Grund organisieren wir die erste Flüchtlingsfrauenkonferenz, zu der wir uns die folgende Frage stellen:

Wie können wir uns noch stärker organisieren und für unser Recht auf politischen Widerstand eintreten?

Gemeinsam möchten wir auf der Flüchtlingsfrauenkonferenz mit allen Frauen über die Situation in unseren Herkunftsländern, unsere spezifischen Migrations- und Fluchtgründe und über unser Leben hier in Deutschland mit allen sexistischen, rassistischen und ausgrenzenden Gesetzen diskutieren.

Ziel der Konferenz ist die Bildung eines selbstorganisierten Frauenkampfes, der bei dem „internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland im vereinten Kampf gegen das koloniale Unrecht“ im Juni 2013 in Berlin zum Ausdruck kommen soll.

Zur Mobilisierung für die Flüchtlingsfrauenkonferenz treffen wir uns mit euch in den Isolationscamps, Lagern, Heimen, Gemeinschaftsunterkünften und mit Frauenbündnissen, die bereits mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zusammen arbeiten, um gemeinsam mit euch über eure Situation zu sprechen und über die Flüchtlingsfrauenkonferenz zu informieren.

Flüchtlingsfrauenkonferenz vom 19.04. - 21.04.2013 in Hamburg,

Hein-Köllisch-Platz 11, 20359 Hamburg.

Für Übernachtung und Fahrtkosten wird gesorgt.

Für die Verpflegung und Kinderbetreuung bekommen wir solidarische Unterstützung von Karawane-Aktivisten und AGIF-Aktivisten.

Eure Anregungen oder Vorschläge könnt ihr gerne mit uns teilen. Wendet euch hierfür bitte an die lokalen Gruppen innerhalb des Netzwerks. Die Kontakte findet ihr auf der letzten Seite dieser Zeitung.

Direkte Fragen zur Konferenz und Anmeldungen richtet ihr bitte an: refugeewomanconference@thecaravan.info
Aufrufe als Druckdateien: www.thecaravan.org/node/3640

إن كل واحدة منا تحمل ألم الماضي. وشهدنا الفقر والشقاء والحرب والملاحقة السياسية والعنف الجنسي والإذلال. وسرنا في طريق طويل وصعب. ونحن هنا في الهجرة معًا في المنفى.

وفي السنوات الماضية لاحظنا أكثر فأكثر أن مستوى مشاركة المرأة خصوصا في كفاح اللاجئين واللاجئات والمهاجرين والمهاجرات المنظم منخفض جدا. وخصوصا نحن النساء اللواتي يشهدن أكثر تهميش وأكثر إهانة وأكثر استغلال في حياتهن اليومية (كلاجئات) لا نشارك بالكاد بطريقة فعالة في الكفاح لتحرير ولتحسين ظروف حياتنا.

لقد تمت مناقشة مشكل مستوى مشاركة المرأة المنخفض في المعسكر " Break Isolation Camp" في مدينة إيرفورت (Erfurt) في صيف 2012. ووصفت لنا النساء اللواتي زرناهن في مخيمات اللاجئين عزلتهن وتهميشهن ومخاوفهن ونقص الكفاح المنظم من اللاجئات لإسترداد حقوقهن.

ولذلك ننظم أول مؤتمر للاجئات ونسأل فيه:

كيف نستطيع أن ننظم أنفسنا أكثر وأن ندافع عن حقنا في المقاومة السياسية؟

ونريد أن نناقش في مؤتمر اللاجئات جميعا مع كل النساء عن الظروف في مواطننا الأصلية وعن الأسباب وراء هروبنا وهجرتنا وعن حياتنا هنا في ألمانيا مع كل القوانين العنصرية والمؤدية إلى التهميش.

وهدف المؤتمر هو تشكيل كفاح نسائي منظم من اللاجئات الذي نبرزه في "المحكمة الدولية للّاجئين ضد الجمهورية الفدرالية الألمانية- الكفاح المتّحد ضد الظلم الاستعماري" في شهر يونيو 2013 في مدينة برلين.

ومن أجل الحشد لمؤتمر اللاجئات نجتمع معكن في الملاجئ الانعزالية والمراكز والمساكن الجماعية ونلتقي أيضا بالأحلاف النسائية التي كانت تتعاون من قبل مع منظمة "Karawan" من أجل حقوق اللاجئين والمهاجرين لنتكلم معكن عن ظروفكنّ ولنقدم لكن معلومات عن مؤتمر اللاجئات.

مؤتمر اللاجئات من 19 إلى 21 أبريل 2013 في مدينة هامبورغ(Hamburg)

Email: refugeewomanconference@thecaravan.info

EINE ALLEINSTEHENDE FLÜCHTLINGSFRAU IN DEUTSCHLAND

Farida Tchamakdji
Freelance Journalistin und Flüchtlingsfrau in Niedersachsen

CARTE PROFESSIONNELLE N° 13
Nom : TCHAMAGI
Prénom : Farida
Née le : 31.10.1976
Fonction : Journaliste
Alger, Le 01.02.12 Validité 1 Ans



„Sie haben 5 Tage, um das Land zu verlassen“, so wurde der Ausreisebeschluss nach Spanien formuliert, sechs Monaten nach meinem Antrag auf Asyl in Deutschland.

Ich bin eine 36jährige Frau, die seit dem Asylantrag im August 2012 allein in Deutschland lebt.

In meinem Land war ich Journalistin, die sich die Aufgabe gestellt hat, die Rechte der Frauen in der sogenannten Dritten Welt zu verteidigen.

Ich kam legal mit einem Visum, das vom spanischen Konsulat in Algerien ausgestellt worden war, mit dem Schiff nach Frankreich und anschließend nach Deutschland.

Als ich den Berliner Hauptbahnhof erreicht und meinen Antrag bei der dortigen Polizeiwache eingereicht hatte, schien mir, als würde alles glatt laufen. Nach meiner Befragung und der Abnahme meiner Fingerabdrücke, wurde ich einem Flüchtlingsheim zugewiesen, in dem auch das Interview stattfand. Ich habe alle Fragen mit aller Ehrlichkeit und Klarheit beantwortet. Danach fühlte ich mich sicher, so dass ich mich bei einem Deutschkurs angemeldet habe, sechs Monate lang teilgenommen und die Kosten für den Unterricht, die Bücher, Hefte und Verkehrsmittel selber getragen habe, was nicht leicht war. Ich war gezwungen, Lebensmittelgutscheine, die für uns ausgestellt wurden, um Lebensmittel zu kaufen, an andere Leute zu verkaufen, um die Kosten des Kurses zu begleichen.

Es ging mir finanziell so schlecht, dass ich mir keine Winterschuhe kaufen konnte. Ich hatte im Winter und Schnee leichte „Frühlingsschuhe“ an und habe mich hauptsächlich von Brot und Eiern ernährt. Ich hatte Appetit auf was anderes, aber ich konnte nichts kaufen, um das Geld für den Deutschunterricht zu sparen.

Das Leben im Heim hat meiner Gesundheit geschadet, und ich konnte nicht immer aus meinem Zimmer raus, um zu kochen, baden und zu waschen. Die Kälte im Bad und in der Küche hat dazu beigetragen, dass meine Gesundheit schlechter wurde. Ich leide an einer Allergie, die ständiger Sauberkeit bedarf, was in den kollektiven Einrichtungen nicht zu verwirklichen ist.

Es war sehr schwierig, einen guten Anwalt zu finden.

Es war genau 12:00 Uhr an dem Tag, der von Ausländerbehörde bestimmt worden war, mich nach Spanien zurückzuführen, als ich im Krankenhaus war und ich wollte deswegen meinen Anwalt sprechen. Ich habe per E-Mail gebeten, nach Bremen fahren zu dürfen, um mit meinem Anwalt zu sprechen. Meine Bitte wurde mit der Begründung abgelehnt, dass gegen mich eine Ausweisung nach Spanien vorliegt.

Da habe ich beschlossen, trotz Krankheit aus dem Krankenhaus rauszugehen. Ich sprach mit dem Arzt und erklärte ihm meine Situation und die Notwendigkeit, mit dem Rechtsanwalt zu sprechen. Er hat mir den Ausgang erlaubt, mit der Bedingung am gleichen Tag ins Krankenhaus zurückzukommen. Ich musste 200 Kilometer fahren, um mich mit dem Anwalt zu treffen.

Ich habe das Krankenhaus verlassen mit meinen Hausschuhen, da meine Sachen im Heim waren. Ich musste mich beeilen, um den Zug nach Bremen rechtzeitig zu erreichen. Ich hatte Atmungsschwierigkeiten und musste am gleichen Tag abends wieder im Krankenhaus sein.

Als ich zum Krankenhaus zurückkam, fand ich jemanden anderen an meinem Platz und so musste ich zurück zu meiner Wohnung ins Heim. Ich habe mich ständig gefragt, ob ich hier bleiben darf oder an Spanien ausgeliefert werde und ich wusste, dass Spanien die Flüchtlinge von dort zurück in ihre Länder abschiebt.

Bis heute habe ich einen schlechten Gesundheitszustand, ich kann weder schlafen noch normal atmen. Mich erschrickt der Gedanke, dass die Polizei in jeder Sekunde kommen und mich abholen kann. Immer wenn sich das Licht eines Autos in meinem Fenster reflektiert, erschrecke ich mich, da ich denke, dass ein Polizeiauto kommt, um mich abzuholen. Ich erlebe die ganze Zeit eine Situation der Angst, des Schreckens und der Unsicherheit. Wie soll die Entzündung meiner Bronchitis unter solchem psychischen Druck heilen? Es ist bekannt, dass der psychische Zustand eine wichtige Rolle spielt bei den physischen Krankheiten.

Was habe ich verbrochen, dass die Polizei mich so unmenschlich behandelt? Ich habe nichts in Deutschland Unerlaubtes getan.

Ich frage mich, warum Deutschland die Lügner und Diebe aufnimmt und schützt und die Vernünftigen und die, die die Gesetze respektieren und sich gut benehmen, ablehnt?

Es gibt viele, die stehlen, und sie werden weder verfolgt noch ausgewiesen. Ich aber, die viel Zeit, Mühe und Geld investiert hat, um Deutsch zu lernen, werde nach Spanien zurückgeschickt, in ein Land, wo ich niemanden kenne und dessen Sprache ich nicht sprechen kann, da ich Deutsch und nicht Spanisch gelernt habe.

Jetzt warte ich auf den Gerichtsbeschluss. Tag und Nacht denke ich über mein Schicksal nach: werde ich hier bleiben dürfen oder werde ich nach Spanien zurückgeschickt? Soll ich weiter Deutsch lernen oder damit aufhören? Kann ich meine Augen nachts ruhig schließen in Erwartung eins neuen Tages, an dem ich nicht weiß, wo der sein wird?

„Autonomie“, „Widerstand“und „Solidarität“

Eine kritische Auseinandersetzung über den Flüchtlingskongress, der vom 1. bis 3. März 2013 in München stattfand.

Ein Text von Akbar, Göttingen, 13 März 2013

An dem Kongress [1] beteiligt waren ca. 250 Menschen, überwiegend Geflüchtete, die meisten von Abschiebung bedroht. Sie leben unter menschenunwürdigen Bedingungen und sind ständig mit rassistischen Gesetzen konfrontiert.

Aufgrund repressiver und rassistischer Kontrollen an der Grenze konnten Flüchtlinge aus europäischen Ländern wie Österreich und Niederlande nicht einreisen. Zuerst großer Respekt und ein solidarisches Dankeschön an alle AktivistInnen, die viel Arbeit und Zeit in die Mobilisierung des Kongresses gesteckt und ihn auf die Beine gestellt haben.

Auch ein großer Respekt an die Flüchtlinge, die ihr Schicksal und ihre Kämpfe autonom und selbst in die Hand nehmen.

Kongress war keine gemeinsame Entscheidung

Die Organisatoren des Kongresses waren nicht die gesamten Flüchtlinge, sondern diejenigen, die den Oranienplatz wegen einer Auseinandersetzung mit der Karawane verlassen haben. So behaupten es vier der Aktivisten des Kongresses. Der Grund dafür wurde während des Kongresses formuliert: es herrschte eine Hierarchie im Unterstützungskreis und in der Karawane während des Protestmarsches letztes Jahr. D.h. die UnterstützerInnen waren in der Öffentlichkeit und in den Medien präsenter als die Flüchtlinge selbst, z.B. bei Interviews.

Der Kongress war „von oben“ geplant und so strukturiert, dass leider nur vier Aktivisten (Männer) als Hauptredner zu Wort kamen und mehrere Namenlose Aktivisten, die das ganze Jahr bis heute an jedem Protest teilgenommen haben, kamen, wenn überhaupt, nur als Nebenredner zu Wort.

Die Konsequenz war: Kein Konzept, keine Idee für gemeinsame Kämpfe, konkrete Vorschläge oder Austausch. Auf dem Kongress gab es leider keine Basisdemokratische Struktur und keinen gemeinsamen Entscheidungsprozess.

Die vier Organisatoren wurden eher als Referenten wahrgenommen, die bei Fragen und Problemen Antwort gaben. Es fand kein Austausch statt.

Die Orga-Männer waren alle aus dem Iran, obwohl am Protestmarsch auch Afghaner, Iraner, Kurden, Iraker und Afrikaner beteiligt waren.

Ein Beispiel für eine nicht basisdemokratische Entscheidung: Es wurde ein Brief eines Geflüchteten, die beim Kongress anwesend war, vorgelesen: „Ich habe für den 26. März einen Abschiebebescheid bekommen, was soll ich machen?“ Ein Organisator antwortete daraufhin: „Ich kann dir nicht helfen, lass uns gemeinsam kämpfen.“ Anstatt die 200 anwesenden Flüchtlinge im Kongress zu fragen, und ihnen die Entscheidung zu überlassen, beantwortete der Organisator diese Frage allein.

Es gab noch eine Beschwerde von einem Flüchtlingsaktivisten aus dem Publikum über die hierarchische Struktur dieses Kongresses: Er beschwert sich über die Unzuverlässigkeit und Verantwortungslosigkeit der vier Aktivisten des Kongress. Letztes Jahr im November, nachdem einige Flüchtlinge vom Oranienplatz am Brandenburger Tor noch ein zweites Protestzelt errichtet haben, kam es zu massiver Repression der Polizei gegen Protestierende mit Festnahmen und es wurde geprügelt. Diese Organisatoren des Kongresses waren damals zuständig für die gemeinsamen Entscheidungen der Aktion, die Finanzen und die Medien, waren aber selbst nicht mehr vor Ort. Sie sind unverantwortlich mit dem Problem der anderen Aktivisten umgegangen. Sie haben den Ort verlassen, ohne die Aufgaben, Materialien und die Finanzen jemand anderem zu überreichen. Sie haben die Protestierenden dort im Stich gelassen. Es gab beim Protestzelt am Brandenburger Tor kaum Presse, kaum Geld, Fahrmöglichkeiten und Verpflegung, so die formulierte Kritik. Die Beschwerde des Aktivisten ist kaum von den Organisatoren des Kongresses wahrgenommen worden. Diese vier Aktivisten bestreiten den Vorwurf bis heute. Es gab keine anderen im Raum, die solche Beschwerden hatten.

Allgemeine Kritik an alle AktivistInnen

Es wäre notwendig gewesen, einen Flüchtlingskongress zu veranstalten, bei dem alle Flüchtlinge selbst zu Wort zu kommen, als den, der stattgefunden hat. Es gibt eine Hierarchie unter den Flüchtlingen selbst. Diejenigen, die einen besseren Zugang zu Redetechniken, Bildung, Sprache und zum Teil zu Organisierungserfahrungen haben, können dominieren. Zu Hierarchie gehören immer beide Seiten. Die, die alles bestimmen wollen und die, die das akzeptieren. Für diejenigen, die wenig zu Wort kamen, ist es besser in Zukunft diese Hegemonie innerhalb der Flüchtlinge zu durchbrechen und zu lernen, das Wort zu ergreifen und nicht schüchtern vor Publikum zu sein. Sie müssen lernen, sich immer und überall jeglichen Spuren der Macht entgegenzusetzen und gemeinsam zu entscheiden.

Diese Kritik betrifft den gesamten Protestmarsch und die Flüchtlingsorganisation samt ihrer UnterstützerInnen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung darüber hätte unter den Flüchtlingen selbst schon längst laufen müssen. Der Bedarf nach einer politischen Bilanz nach einem Jahr Kampf auf der Straße war bei dem Kongress deutlich zu spüren. Sich zusammensetzen, über ihre Aktivitäten mit Schwächen, Erfolgen und Niederlage zu sprechen. Aber über eine politische Bilanz wurde bei diesem Kongress nicht geredet - schade.

Ich habe bei Flüchtlingskämpfen erlebt, dass immer Aktivität bevorzugt bzw. dominiert. Immer aufgrund von „Zeitmangel“. Die politische Auseinandersetzung darüber wird innerhalb der Alltagskämpfe nicht geführt, nicht ernst genommen, verschoben, ignoriert. Die Organisatoren des Kongresses reden über Autonomie des Flüchtlingscamps. Innerhalb ihrer Definition von sich vergessen sie, dass sie mehr Raum bei dem Kongress in Anspruch nehmen als die anderen Flüchtlinge. Anstatt kollektiv zu handeln, werden Entscheidungen „von Oben“ getroffen. Sie kritisieren einen Teil der Karawane am Oranienplatz, sind aber selber nicht kritikfähig.

**Verkürzte Definition von Migration =
falscher Begriff von Kampf und Solidarität**

Wenn Migrationsgeschichte und Flucht nur im Zusammenhang mit der Geschichte der imperialistischen Aggression verstanden wird, heißt das, sie zu reduzieren und zu begrenzen. Heraus kommt ein falscher Begriff von Widerstand und Solidarität, bei dem diejenigen jenseits des westlichen Grenzregimes vergessen werden.

Auch vergessen werden Millionen von Frauen, denen es im Gegensatz zu Männern aufgrund der weltweiten Rollenverteilung in patriarchalen Systemen nicht möglich ist, das Land zu verlassen. 99% männliche Teilnehmer an dem Kongress bestätigten dies.

Was sagen die aktivistischen Flüchtlingsmänner über die Lage der drei Millionen AfghanerInnen, die seit ewigen Jahren sowohl in der Monarchie als auch in dem islamischen System unter schlimmsten Arbeitsbedingungen und Rassismus leiden und leben müssen [2]?

Iran ist nicht Europa, aber hinter der Rhetorik der islamischen Masken und Bärte, ist es ein kapitalistisches Land mit Massenarbeitslosigkeit, Billiglohn, Konkurrenz und verstärkt eskalierendem Rassismus.

Wenn der Radius von Solidarität und Widersand nur auf Germany und Europa begrenzt wird, werden die weltweiten kapitalistischen Zusammenhänge und die Solidarität mit Aufständischen ignoriert. Leider erleben wir heute die Standortisierung des Widerstands und der Solidarität in Europa.

Die Kategorisierung der Menschen im Widerstand

Diese Kritik richtet sich sowohl an die aktivistischen Flüchtlinge als auch an einen Teil des UnterstützerInnenkreises; Sie vertreten durch eine verkürzte Theorie der Migrationsgeschichte eine „Opferperspektive“, indem sie die Menschen in verschiedene Stufen als Cityzen, Non cityzen, zwischen cityzen und Non cityzen usw. einordnen.

Die Kategorisierung der Menschen im „Widerstand“ ist genau so schlimm wie Kategorisierung der Menschen durch den Wohnungsbau. Ghetto bleibt Ghetto, Menschen kommen nie wieder raus aus dem Ghetto.

Es ist wünschenswert, wenn Flüchtlinge ihr Schicksal und ihre Kämpfe selbst, autonom in die Hand nehmen. Es ist auch wünschenswert, dass UnterstützerInnenkreise ihre eigenen Rassismen sehen und sich bewusst machen. Aber sie produzieren mit ihrer Theorie in der Praxis eine Opferperspektive.

**„Zwischen WiedergutmacherInnen (Täter als weiße)
und wütenden Opfern (Flüchtlinge)“**

Daher ist jede Schuldtheorie (alle Weiße sind RassistInnen) eine absurde Theorie. Aber diese Theorie wandelt den praktischen Alltag, mit Namen und Identitäten, in eine hochmoralisierende Kategorisierung der Menschen um. Es wird ein Klima geschaffen, das nichts mit Kampf und Solidarität zu tun hat und hatte. Ein Klima, in dem sich nicht politisch und kritisch mit Flüchtlingen auseinandergesetzt wird.

Flüchtlinge und MigrantInnen fallen nicht von Himmel. Sie sind nicht homogen. Wir profitieren auch wie der Großteil der Gesellschaft von diesem kapitalistischen System. Alles was von Flüchtlingen ausgeht, soll nicht kritisiert werden. Das ist nicht nur absurd, sondern ist Rassismus in positivem Sinne.

Wir haben es mit Menschen zu tun, die die Auseinandersetzung und den Austausch mit ihrer Umgebung brauchen. Kritik und Auseinandersetzung soll nicht als Angriff gesehen wird, sondern als ein Mittel zur Verstärkung unserer Kämpfe, ohne die Autonomie des Kampfes zu missbrauchen. Wenn wir in unserem Diskussionen und Kämpfen ein ähnliches Klima schaffen wie in Köln [3], dann wird unsere Zusammenarbeit zu einer Vereinsamung und Spaltung eingeebnet.

Bei diesem Kongress saßen GenossInnen, die seit Jahren Erfahrungen in antirassistischen Kämpfe haben. Es ist leider eine Atmosphäre geschaffen worden, in der alte Erfahrungen mit neuen kaum ausgetauscht worden sind. Anwesende UnterstützerInnen wurden nicht als Subjekte wahrgenommen.

**„Die Kämpfe müssen aufeinander zu gehen
und sich entfalten“**

Leider gab es eine unsolidarische Antwort eines Aktivisten auf einen Vorschlag der Gruppe „Cityzen“. Die Frage von der Gruppe Cityzen (BürgerInnen) war: „Müssen die Kämpfe nicht aufeinander zu gehen um sich zu entfalten?“ Die Antwort von dem Kongressorganisator war: „Warum soll ich mich hier an den Kämpfen beteiligen, wo wir Flüchtlinge nicht ernst genommen werden?“ Mit Enttäuschung, Neid und Leid können wir nicht die Welt ändern.

Als wir am Wochenende beim Kongress in München gehört haben, dass Nazis in München unterwegs sind, waren nach einer kurzen Mobilisierung Antifagruppen dort präsent und schützten das Kongressgebäude. Was sagen die VertreterInnen der Kategorisierungsidee dazu? Ist es Arbeit der Antifa, war es sozialdienstlich? War es paternalistisch? Antwort: Nein im Gegenteil, es war respektvoll. Viele von uns waren auf diese Solidarität angewiesen.

Sehr wichtig ist, die Kampferfahrungen der Menschen aus vielen verschiedenen politischen Bewegungen, die generationenübergreifend gesammelt wurden und vorhanden sind, gegenseitig zu nutzen. Diese Solidarität heißt nicht, dass ich meine Autonomie verliere. In bestimmten Zeiten und Orten setze ich mich kritisch mit Politik der Antifa auseinander. Repression und Rassismus werden überwunden, wenn die vielfältigen Kämpfe gegen das kapitalistische System von MigrantInnen und hiesiger Gesellschaft stark werden und miteinander verbunden werden. Auf einander zuzugehen, sich gegenseitig motivieren und sich aufeinander zu verlassen ist die Aufgabe.

Jeder soziale Kampf (und jeder Klassenkampf) beeinflusst und motiviert die anderen Kämpfe. Eine starke Beteiligung der migrantischen Arbeiterkämpfe in der Fabrik in den 70er Jahren, war auch ein Teil der Motivation und des Rückhalts von damaligen starken sozialen Kämpfen und an den Kräfteverhältnissen zu sehen. Mag sein, dass die damaligen sozialen Kämpfe in der BRD gegenseitig nicht wahrgenommen wurden und nicht solidarisch gegeneinander waren, aber die Kämpfe beeinflussen sich gegenseitig, egal welcher Hautfarbe und Identität. Angst schwindet dadurch und Motivationen wird gestärkt.

Diese „gemeinsamen Kämpfe“ sind eine Gefahr für den Staatsapparat. Diese Gefahr sieht die herrschende Klasse sehr gut, deswegen tut sie alles für rassistische Ausbeutung und Eskalation. Deswegen braucht jeder Staat immer seinen Nazidreck, um gegen „unliebsame Seiten“ (gemeint sind starke gemeinsame Kämpfe) brutal vorzugehen und sie niederzuschlagen [4].

Kapitalismus ist nur stark, weil die Gesellschaft sehr konkurrierend und gespalten ist. Weil es viele Kategorisierungen der Menschen in unserer Umgebung gibt. Die Kämpfe der MigrantInnen sollten sich gegen diese Form der Spaltung der Gesellschaft richten. Dies ist Aufgabe von verschiedenen sozialen Kämpfen, die in Zukunft Erfahrungen austauschen und Perspektiven der Befreiung ohne jegliche Ausbeutung suchen.

Blockupy Frankfurt ist die nächste Möglichkeit antirassistische Camps mit anderen Kämpfe zu verknüpfen. Das Motto heißt: Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes.

31. Mai und 1. Juni 2013 - http://blockupy-frankfurt.org

Wir müssen eine neue Kommunikation des Widerstands schaffen, in der kritische Auseinandersetzung nicht als Angriff gesehen wird. Damit unsere Kampferfahrungen nicht verloren gehen. Es liegt an uns. Zum Schluss ist es notwendig, dass dieses Thema bei jeder antirassistischen Gruppe vor Ort besprochen wird, sonst endet unsere politische Zusammenarbeit.

Solidarische Grüße, Akbar.

Verweise:

[1] Internetseite des Flüchtlingskongresses in München: http://refugeecongress.wordpress.com

[2] Eine nicht vollständige Chronik der Pogrome gegen Afghanerinnen und Afghanen im Iran in deutscher Sprache befindet sich am Ende der folgenden Seite auf indymedia: http://de.indymedia.org/2013/03/342403.shtml

[3] Über CriticalWhiteness und das NoBorderCamp 2012 http://de.indymedia.org/2012/08/333635.shtml

[4] Seehofers und die letzte Patrone, Tagesspiegel vom 10.3.2011: http://www.tagesspiegel.de/politik/seehofer-und-die-letzte-patrone/3937680.html

Auszug aus dem Positionspapier der KARAWANE:

Aber alle diese Unterschiede sind entsprechend untergeordnet und unberücksichtigt hinsichtlich der gemeinsamen Ziele basierend auf der internationalen Solidarität. In unserer Praxis startet das Konzept der internationalen Solidarität genau von da, wo wir uns befinden. Das bedeutet, dass Flüchtlinge und MigrantInnen der Karawane die Probleme, Sorgen und Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen anderer Länder, Kulturen und Hintergründe ernst nehmen und mit allen Möglichkeiten unterstützten. Diese Praxis gekoppelt mit der Kooperation von unseren deutschen Freunden und AktivistInnen schafft eine wahrhafte internationale Solidarität, die für die Effektivität des Netzwerkes notwendig ist. Der Grundsatz ist mehr “Lasst uns zusammen kämpfen” als “lasst uns für sie kämpfen”. Deswegen streben wir eine starke und vereinigte Front der Unterdrückten an, die Widerstand gegen das rassistische und ungerechte System, in dem wir leben, leistet. Zusammen können wir gegen den Staat gewinnen (wie klein die Erfolge auch sein mögen) und beweisen, dass der Staat nicht unbesiegbar ist. Dadurch werden andere motiviert, sich dem Kampf anzuschließen.
Siehe: http://thecaravan.info/de/satzung

Sudanesische Initiative für das Streben nach Gerechtigkeit
Hannover Erklärung vom 20. März 2013



Die Sudanesische Initiative für das Streben nach Gerechtigkeit (Sudanese initiative for pursuit of justice, kurz SIPJ) erklärt:

Sudan befindet sich in bewaffneten Konflikten und Krieg seit 1955 bis zum heutigen Tag. Und obwohl das Land 2011 in zwei Staaten geteilt wurde – Nord und Süd , geht der Krieg in vier bewaffneten Konfliktfronten weiter – in Süd Kordofan, im Blauen Nil Gebiet, im Abyii Gebiet und in Darfur - dazu kommen die bewaffneten Spannungen zwischen den beiden neuen Staaten, Nord- und Süd-Sudan.

Sudan wird seit 1989 regiert und kontrolliert von Omar Albashir, der vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC) wegen Verbrechen angeklagt ist.

Der Verteidigungsminister Abdel Raheem Muhammed Hussein, der Gouverneur von Süd Kordofan Ahamd Harun, der Milizenführer Ali Kushayb und weitere sudanesische Regierungsmitglieder werden ebenfalls vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC) wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in der Darfur Region im West Sudan vom ICC gesucht.

Die Menschenrechtssituation im Sudan verschlechtert sich täglich. Sudanesische Sicherheitskräfte verhaften und foltern friedliche DemonstrantInnen, StudentInnen, JournalistInnen, oppositionelle PolitikerInnen und SozialarbeiterInnen.

Die negative Einmischung durch die internationale Staatengemeinschaft aufgrund Sudan's Ressourcen insbesondere Erdöl, verschlimmert die schlechte Situation.

Die Zerstörung in unserer Gesellschaft zwingt uns, aus unserer Heimat zu fliehen und als Flüchtlinge in Deutschland zu leben.

Die Situation der sudanesischen Flüchtlinge in Deutschland ist inakzeptabel. Alle Arten von Menschenrechtsverletzungen sind existent, angefangen von der Beschränkung der Bewegungsfreiheit und der Vorenthaltung eines sicheren Aufenthaltsstatus, über die Isolation in den Lagern und das Asylbewerberleistungsgesetz, bis hin zu Polizeibrutalität und letztendlich der Abschiebung.

Deutschland praktiziert eine Asylpolitik, die im Gegensatz steht zu den grundlegenden Menschenrechten.

Deutschland ist mitverantwortlich für das Töten unserer Leute innerhalb des Sudans durch die Unterstützung des Omar Albashir Regimes - wie wir in Berlin im Januar 2013 beobachten konnten, als eine Wirtschaftskonferenz organisiert wurde, um das Handeln des sudanesische Diktators zu fördern.

Die "Sudanesische Initiative für das Streben nach Gerechtigkeit – SIPJ" verurteilt und arbeitet aktiv gegen das sudanesische Regime und seine Verbrechen im Sudan, gegen die Menschenrechtsverletzungen im Sudan durch die sudanesischen Sicherheitskräfte, gegen die Menschenrechtsverletzungen in Deutschland durch die staatliche Asylpolitik sowie gegen die deutsch-sudanesische Kollaboration in der Unterdrückung der sudanesischen Bevölkerung und die Deportationen.

Die „Sudanesische Initiative für das Streben nach Gerechtigkeit – SIPJ" arbeitet für:

- Gerechtigkeit für die sudanesische Bevölkerung im Sudan, für die sudanesischen Flüchtlinge sowie für alle Flüchtlinge in Deutschland
- die Verurteilung von Omar Al-Bashir und allen Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Völkermord im Sudan
- die Abschaffung aller diskriminierenden Praktiken gegenüber Flüchtlingen in Deutschland
- einen generellen Abschiebestopp in den Sudan

Die „Sudanesische Initiative für das Streben nach Gerechtigkeit – SIPJ" ruft auf:

- zum Aufstand gegen das Omar- Al-Bashir Regime
- zur Einheit und Solidarität der sudanesischen Flüchtlinge und aller Flüchtlinge in Deutschland
- zur sofortigen Freilassung der politischen Gefangenen aus den Gefängnissen der sudanesischen Sicherheitskräfte
- zur Unterstützung unserer Initiative durch alle FreiheitskämpferInnen, RevolutionärInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und die Flüchtlingsgemeinschaften

20. März 2013, Hannover – Deutschland

Unterzeichner:

Abdallah Kano Hamad (Hannover), Abdel Aziz Arabi (Lehrte), Adam Fadel (Lehrte), Adam Ismail Hussain (Großburgwedel), Ali Elsadig Ali Mahmoud (Hannover), Allam Elsadig Ahmed (Ronnenberg), Ataf Eltaj (Großburgwedel), Ibrahim Mohammed (Astapil), Mohammed A. Ageed (Großburgwedel), Maissara Saeed (Hannover), Osman Tigani (Bitterfeld), Walid Ibrahim (Hannover), Yasir Abdallah (Mellendorf)

Sachsen-Anhalt will nach Sudan abschieben - Interview mit Osman Tigani

Osman Tigani, Sudanesischer Flüchtling und politischer Aktivist aus Darfur, Westsudan wurde in Februar in der Ausländerbehörde festgenommen und sollte am 08.02.13 in den Sudan deportiert werden. Durch massive Proteste konnte seine Abschiebung vorerst verhindert werden. Anschließend ist er mit einer Strafaktion der Ausländerbehörde konfrontiert, die ihn wegen Verstößen gegen die Residenzpflicht verfolgt. Weiterhin ist die Abschiebeandrohung gültig. Die Ausländerbehörde hatte eine Abschiebung für den 4. April geplant gehabt, welche nun aufgrund fortdauernder Proteste ausgesetzt wurde. Das Innenministerium Sachsen-Anhalt hält aber weiterhin an eine Abschiebung fest. Lesen Sie im Folgenden ein Interview vom Radio Corax mit Osman Tigani selbst. Mehr Informationen erhalten Sie auf unsere Internetseite www.thecaravan.org.

Interview mit OSMAN TIGANI, Radio Corax, 9.2.2013 http://www.freie-radios.net/53810

Was ist letzte Woche in der Ausländerbehörde passiert?

Ich bin hingegangen, um meine Duldung zu verlängern. Mir wurde gesagt: „Warte kurz, der Computer ist kaputt, ich muss in ein anderes Zimmer gehen." Ich wartete da, und nach ungefähr 10 Minuten kamen Polizisten, die mich festhielten und mir sagten: „Du mußt zurück in den Sudan gehen." Sie fragten, ob ich vor vier Wochen einen Abschiebebescheid bekommen hatte. Ich antwortete „Nein". Sie sagten mir noch, dass der Flug am 8.2. schon gebucht sei.

Gab es jemals zuvor einen Versuch dich abzuschieben?

Nein, aber vor drei Monaten brachte die Ausländerbehörde mich zur Botschaftsanhörung, dort waren auch zwei Beamte das Bundesamtes, die meine Papiere mitbrachten, aus denen die Staatsangehörigkeit hervorgeht.

Und vor einem Monat habe ich einen Brief bekommen, der mich zur „freiwilligen Ausreise" aufforderte.

Mir wurde später auch gesagt, dass sie mir keinen Abschiebebescheid geschickt hatten, damit ich nicht „verschwinden" könne.

Was ist dann passiert?

Sie brachten mich ins Gefängnis nach Halle, wo ich einen Tag blieb. Am Mittwoch gegen 14 Uhr wurde ich ins Gericht nach Bitterfeld gebracht. Dort sah ich neben dem Richter auch Herrn Otto, einen Beamten der Ausländerbehörde.

Ich sagte ihnen, dass ich im Sudan seit langer Zeit viele Probleme habe. Niemals habe ich einen Aufenthaltstitel bekommen, obwohl ich bewiesen habe, dass ich aus Darfur stamme. Ich bin seit neun Jahren der Einzige aus dieser Region in Sachsen-Anhalt.

Im Sudan herrscht Krieg. Meine Familie lebt in einem Camp zwischen Tschad und Sudan. Die Hauptstadt Karthoum habe ich noch nie gesehen, ich kenne dort niemanden.

Wenn ich in den Sudan zurückkomme, werde ich getötet.

Früher war ich aktiv in der J.E.M. (Justice and Equality Movement, Rebellengruppe in Darfur). Ich habe viel gegen die Regierung geschrieben, die Leute dort kennen mich.

Hattest du die Möglichkeit dich im Gericht zu äußern?

Sie haben mir nicht die Chance gegeben, zu sprechen, es war schon alles geplant. Ich wollte viel erzählen, aber sie sagten, es sei schon alles fertig. Ich sagte: „Ich bin noch nicht fertig: Wenn ich in den Sudan gehe, werden diese Leute mich töten! Alle wissen das, und Sie selber wissen auch, was im Sudan passiert."

Ich sagte, ich bin nach Deutschland gekommen wegen den Menschenrechten. Ich kenne das aus dem Sudan nicht. Aber ich habe hier nie Menschenrechte erlebt. Anfangs lebte ich in Zerbst. Als dieses Lager geschlossen wurde, musste ich nach Marke ziehen. Dort gibt es gar nichts. Ich lebe seit Jahren dort mit 132 € im Monat.

Der Richter fragte auch, ob ich keinen Ort hätte, an den ich gehen könnte, wenn ich in den Sudan zurückkäme. Ich sagte: „Das auch, aber es ist gefährlich für mich, denn sie werden mich dort umbringen." Ich hatte auch einen Folgeantrag gestellt, das Bundesamt weiß also um meine Geschichte. Der Beamte der Ausländerbehörde und der Richter haben nur gelacht.

Ich dachte: Was soll ich machen, ich habe keine Chance gegen diese Leute. Ich sagte „Besser ich bin hier tot, als dort." Im Gefängnis war ich ruhig, aber wenn sie mich nach Berlin gebracht hätten, hätte ich versucht, mich umzubringen. Besser tue ich es selbst, als jemand anderes für mich.

Konntest du jemanden kontaktieren?

Ich durfte meinen Cousin 2 Minuten anrufen, und der benachrichtigte eine Anwältin. Mein Cousin rief auch den Richter an, aber der gab ihm eine falsche Nummer des Gerichts.

Was passierte nach der Gerichtsverhandlung?

Ich wurde in die JVA Dessau in Abschiebehaft gebracht. Ich habe dort auch eine Person aus dem Irak getroffen. Ansonsten war ich die ganze Zeit allein, ich hatte keinen Kontakt zu anderen Häftlingen. Täglich gab es eine „Freistunde". Am zweiten Tag sagte ich: „Morgen bin ich im Sudan, was soll ich mit einer Freistunde?"



Wie wurdest du dann entlassen?

Am Freitag kam ein Schließer zu mir, der fragte:" Wenn wir dich entlassen, wohin gehst du?" Ich sagte: „Ich gehe raus!"

Er wollte wissen, ob ich in Dessau Leute kenne und wo diese wohnen. Ich sagte, ich kenne die Straßen nicht und gab ihm die Adresse eines Cafés in der Stadt.

Wie geht es jetzt weiter?

Ich weiß dass ich in Deutschland bleiben will. Ich habe keinen anderen Platz.

DIE KARAWANE BRAUCHT SPENDEN

denn der Kampf von Flüchtlingen kostet auch Geld!

Die Karawane ist auf Spenden angewiesen. Unsere Organisation besteht überwiegend aus Flüchtlingen, die (wenn überhaupt) nur über sehr geringe finanzielle Mittel verfügen. Aus diesem Grunde haben wir 2008 den „Förderverein Karawane e. V." gegründet. Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt und kann deswegen auf Wunsch Spendenquittungen ausstellen, so dass sie steuerlich absetzbar sind. Wenn bei der Überweisung die Adresse mit angegeben wird, verschicken wir die Spendenbescheinigung automatisch spätestens am Anfang des Folgejahres.

Kontakt: foerderverein@thecaravan.org

Unsere Bankverbindung lautet:

Förderverein Karawane e.V.
Kontonummer: 40 30 780 800
GLS Gemeinschaftsbank eG

Kontaktbüros des KARAWANE-Netzwerks in Ihrer Nähe

BERLIN
Telefon: 0170 8788124
Email: the_voice_berlin@emdash.org

HAMBURG
Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Telefon: 040 43189037 | Email: free2move@nadir.org

JENA
Schillergässchen 5, 07745 Jena
Telefon: 0176 24568988
Email: thevoiceforum@emdash.org

STUTTGART
Telefon: 0176 27873832 | Email: thevoice_bdw@yahoo.de
Böblinger Straße 105, 70199 Stuttgart

WUPPERTAL
Marienstraße52, 42105 Wuppertal
Telefon: 015237865010 | Email: wuppkarawane@yahoo.de

TERMINE

Thousands of Balloons

8. April 2013 - Worldwide Roma Movement

Gegen die Ausgrenzung und Isolation von Flüchtlingen in Lagern. Für mehr Infos siehe http://www.alle-bleiben.info

Flüchtlingsfrauenkonferenz 2013

19. bis 21. April 2013 in Hamburg

Mehr Infos unter: http://thecaravan.org/node/3640
Anmeldung unter:
refugeewomanconference@thecaravan.info

BREAK ISOLATION Konferenz 2013

22. bis 26. April 2013 in Jena

Mehr Infos unter: www.thevoiceforum.org

20 Jahre Brandanschlag von Solingen

25. Mai 2013, 13:00Uhr, Bhf. Solingen Mitte

Bundesweite Demo in Gedenken der Familie Genc

Internationale Tribunal gegen die BRD

13. bis 15. Juni 2013 in Berlin

Mehr Infos unter: www.refugeetribunal.org

Kontakt Zeitungsredaktion:
The Voice of Refugees and Migrants
Email: newspaper@thecaravan.org
Telefon: +49 (0) 1788530701 (ab 19:00Uhr)

Die KARAWANE wird finanziell durch viele Einzelpersonen und die Bewegungsstiftung unterstützt.



ÜBER KOLONIALE UNGERECHTIGKEIT UND DIE FORTSETZUNG VON BARBAREI:

Die Situation von Menschen, die als Flüchtlinge und Migranten in Deutschland leben

Ein Auszug aus dem Original von THE VOICE Refugee Forum

Der Frühling kehrt zurück nach Europa und mit ihm beruhigt sich auch das Mittelmeer. Bei ruhigerer See werden immer mehr verzweifelte Menschen auf ihrer Suche nach ihrem Recht auf Leben und Menschenwürde versuchen, in eine weiterhin grausame Festung Europa zu gelangen. Von diesen werden Tausende, Menschen mit einem Namen, einer Lebensgeschichte, mit Familien und Erinnerungen für immer in den Tiefen des Meeres versinken, so wie die mehr als 300 Leute, die erst vor wenigen Wochen vor der libyschen Küste ertrunken sind – Menschen, deren Leben einer ständig wachsenden Liste der Opfer kolonialer Ungerechtigkeit hinzugefügt worden sind.

Jene von uns, die es nach Deutschland geschafft haben, sind nur zu gut damit vertraut, was unsere Träume, Menschenwürde, Anstand und ein besseres Leben zu finden für uns bedeutet haben. Wie die Tausenden von Menschen, die Europa lieber am Boden des Mittelmeeres verendet gesehen hätte, sterben die Träume von einem besseren Leben in Deutschland oder Europa praktisch mit der Ankunft. Sie werden ausgerottet durch rassistische Arroganz und unmenschliche Misshandlung, die gegen uns losgelassen werden lediglich aufgrund unserer Herkunft oder unserer Hautfarbe.

Wir sind hier hergekommen und an Stelle von Verständnis für die Traumatisierungen, von denen wir betroffen sind, weil wir unsere Freunde und unsere Lieben zurücklassen mussten, weil wir dem Krieg und dem Horror der Armut entkommen sind, werden uns statt dessen Fingerabdrücke genommen. Wir werden verhört und absichtlich Misshandlungen unterworfen. Dabei werden wir oft ausgelacht, angeschrien, gedemütigt, es wird von oben auf uns herabgesehen und aus uns Nutzen gezogen. Wir werden zu Sündenböcken für ihre Unannehmlichkeiten und die Folgen ihrer krankhaften und inhumanen Politik gestempelt. Wir sind ihre Prügelknaben geworden, dafür bestimmt, um für alles bestraft zu werden, was schlecht in der Gesellschaft ist, sei es Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder die Belastung der Sozialsysteme.

Sie denken, dass sie besser seien als wir. Zu Unrecht und auf hässliche Weise haben sie uns zu ihren Untermenschen gemacht. Uns, die wir aus derart reichen Kulturen kommen. Uns, deren Reichtum brutalen Vandalen zum Opfer gefallen ist, die wir ausgebeutet wurden um die unersättliche Habgier westlicher Konsumenten zu befriedigen. Uns, die wir den von ihnen begünstigten Diktatoren und ihren skrupellosen ökonomischen Machenschaften standgehalten haben. Uns, die wir trotz wachsender Militarisierung unserer Länder und ihrer eigenen Grenzen sie mutig konfrontiert haben und die ihren Versuchen, uns in dem Horror einzukerkern, den sie für uns zu Hause geschaffen haben, entkommen sind. Und Uns, die wir gewagt haben, für Wahrheit, Gerechtigkeit und unsere Grundüberzeugungen aufzustehen, die wir an Menschenwürde und Anstand unbeirrt festhalten.

Sobald sie sehen, dass wir ihre befestigten Grenzen durchbrochen haben, nehmen sie unsere Fingerabdrücke bei der Ankunft und schicken uns in Lager, wo man uns zu menschlichem Abfall macht, sicher mit dem Hintergedanken, andere abzuschrecken, ja nicht nach Deutschland zu kommen. In den Lagern kampiert eine Anzahl Erwachsener in einem einzigen Raum wie die Sardinen in Fischbüchsen, willkommen für weitere Misshandlungen und Demütigungen, durch welche sich

BREAK THE CHAINS OF COLONIALISM

Deutschland auszeichnet, vorbei mit Privatsphäre und jeglicher Hoffnung auf Menschenwürde.

Dann kommt, wie wir zu Leben gezwungen werden. In manchen Fällen wird das, was als unzumutbar für ihre Hunde angesehen wird, für uns als die beste Nahrung angesehen. Nicht zu reden von den „Essen"-Paketen mit abgelaufenden Daten darauf. Sie machen es uns unmöglich, unsere eigene Nahrung zu kochen. In vielen Fällen wird das System unserer Alimentierung dazu benutzt, unsere Anwesenheit im Lager zu kontrollieren und uns in „gute und unterwürfige" Flüchtlinge einzuteilen, die von den „schlechten und rebellierenden" Flüchtlingen zu trennen sind, welche erst noch die Regeln der fortgeführten kolonialen Herrschaft zu lernen und zu akzeptieren haben. Aufgrund unserer Empörung betrachtet man uns als untauglich, in dieser Gesellschaft zu leben, während denjenigen, die als „gut und unterwürfig" angesehen werden, gesagt wird, dass sie kein Recht hätten, hier zu bleiben, da sie nicht wirklich nützlich seien.

Sie glauben, wenn wir schon nicht auf dem Grund des Meeres verrotten, dann sollten wir auf alle Fälle in ihren isolierten und leerstehenden Militärbaracken im Wald verfaulen, weitab von normalen Menschen und jeglicher Infrastruktur. Auf diesem Wege ist es einfacher, uns zu kontrollieren und langsam zu zerstören, außerhalb des Gesichtskreises einer neugierigen Öffentlichkeit oder von Medien.

Forstsetzung auf:
http://www.thecaravan.info/de/schwerpunkte/kolonialismus

Übersetzungen in Englisch, Farsi, Französisch, Türkisch:
http://thevoiceforum.org/node/1422

Neues Buch: Blackbox Abschiebung

Abschiebung ist Alltag für Flüchtlinge. Rund 10.000 Menschen sind in der Bundesrepublik pro Jahr davon betroffen: In seinem Buch „Blackbox Abschiebung" dokumentiert Militiadis Oulios einerseits ein Ausstellungsprojekt zum Thema Abschiebung und andererseits geht er der Frage nach, warum die Schicksale von Abgeschobenen meist im Dunkeln bleiben.

Er schreibt: „Abschiebung wird zur Blackbox. Die Öffentlichkeit soll möglichst keinen Blick hineinwerfen. Damit Abschiebung funktioniert, ist Intransparenz notwendig. Und diese muss immer wieder aufs Neue sichergestellt werden, denn der Widerstand gegen Abschiebung besteht immer wieder darin, Licht in die Blackbox zu bringen."

Das Buch dokumentiert auf seine 482 Seiten nicht nur Einzelschicksale, sondern legt auch die Mechanismen der Abschiebung offen. Zudem zeigt es die Historie der Abschiebung, lange bevor es Flüchtlinge in Deutschland gab. Die Abschiebung diente in den 60er dazu, die Gastarbeite unter permanentem Druck zu halten. Die Abschiebung dient damals wie heute zur Kontrolle der Migration.

Sehr empfehlenswertes Buch zum Lesen und verschenken.

Zeitungs-Abo

Euch gefällt unsere Zeitung und Ihr wollt sie regelmäßig erhalten oder in Eurer Stadt weiterverteilen?

Auf Wunsch verschicken wir Einzelexemplare an Privatpersonen oder eine größere Anzahl von Zeitungen auch an Gruppen und Initiativen.

Für den Versand entstehen pro Jahr für vier Ausgaben Kosten in Höhe von

20 € für den Versand an Privatadressen und

40 € für den Versand an Gruppen und Initiativen

Bitte füllt das nebenstehende Formular aus und schickt es per Post an uns oder informiert uns über E-Mail an newspaper@thecaravan.org

Abo-Bestellung

Hiermit möchte ich „The Voice of Refugees and Migrants" regelmäßig per Post erhalten.
Bitte schickt __________ (Anzahl Exemplare)
an die folgende Adresse:

Name: ______________________

Zusatz: ______________________

Straße: ______________________

Postleitzahl: ______________________

Ort: ______________________

Für die entstehenden Kosten überweise ich pro Jahr 20 € bzw. 40 € auf das folgende Konto:
Förderverein Karawane e.V., Stichwort „Zeitungs-Abo"
Kontonummer: 40 30 780 800, BLZ: 430 609 67,
GLS Gemeinschaftsbank eG.

____
Datum und Unterschrift

Brief-
marke

Karawane Hamburg
c/o B5, Brigittenstraße 5
20359 Hamburg